

Ein Jahr Sanktionen

Russland leidet im Griff der Strafen

Vor einem Jahr sind die Sanktionen gegen Russland bedeutend verschärft worden. Die Wirkung ist markant. Ein Ende ist nicht in Sicht, Washington zieht jetzt sogar die Zügel an.

von Benjamin Triebe, Moskau

1.8.2015



Der Rubel zerfällt mehr und mehr. Ein Grund sind die Sanktionen - ein weiterer der sinkende Erdölpreis. (Bild vom 30. Juli 2015 in Moskau) (Bild: Pavel Golovkin / Keystone)

Ebenso wenig wie ein Ende des Ukraine-Konflikts ist ein Ende der westlichen Sanktionen gegen Russland absehbar. Die USA haben in der Nacht auf Freitag ihre Strafmassnahmen ausgeweitet, die sie wegen Moskaus völkerrechtswidriger Annexion der Halbinsel Krim und der militärischen Aggression in der Ostukraine verhängt hatten. Washington baute die Liste leicht aus und nahm mehr Personen sowie vor allem Tochtergesellschaften bereits sanktionierter Unternehmen aufs Korn – dies rund ein Jahr, nachdem die bis heute schwersten Strafen gegen das Schwellenland erlassen worden waren. Der Preis, den Russland durch die Auflagen zahlen muss, ist markant.

Relativ harmloser Beginn

Der Ukraine-Konflikt spitzte sich langsam zu, das Sanktionsregime ebenso. Auf den Anschluss der Krim reagierten Brüssel und Washington im vergangenen Frühjahr schrittweise mit primär personenbezogenen Strafmassnahmen. Von Mitte März bis Mitte Juli 2014 wurden immer mehr ukrainische Separatisten und russische Politiker, aber auch russische Magnaten und einflussreiche Freunde Präsident Wladimir Putins zu Zielpersonen. Inzwischen stehen über einhundert Personen auf den Listen. Ihre Konten in der EU und den Vereinigten Staaten (sofern sie welche besaßen) wurden eingefroren, Geschäftsbeziehungen mit ihnen untersagt.

Der wirtschaftliche Schaden war zunächst gering: Igor Setschin, Putin-Vertrauter und Chef des weltgrössten börsenkotierten Erdölproduzenten Rosneft, mag auf der US-Liste stehen – aber das allein hielt amerikanische Konzerne juristisch nicht davon ab, mit Rosneft Geschäfte zu machen. Auch die kurzweilige Sperrung der Visa- und Mastercard-Kreditkarten einer Bank, die sanktionierte Anteilseigner hat, sorgte eher für Verwirrung und Unmut als für ökonomische Turbulenzen. Der Fall des Putin-Freundes Gennadi Timtschenko blieb die

Ausnahme: Er verkaufte einen Tag, bevor er im März 2014 Ziel der US-Sanktionen wurde, seinen Anteil am Rohstoffhändler Gunvor, um das Unternehmen zu schützen.

Im Sommer 2014 allerdings änderten sich die Bedingungen für die Geschäftswelt drastisch. Washington erliess am 16. Juli gezielte Sanktionen gegen zwei grosse Banken und Rohstoffkonzerne sowie gegen Rüstungsunternehmen. Einen Tag darauf wurde in der Ostukraine das Passagierflugzeug MH17 abgeschossen. Ende Juli verschärften sowohl Washington wie auch Brüssel ihr Sanktionsregime nochmals deutlich. Seither müssen die wichtigsten Erdölkonzerne auf westliche Partner, Kapitalhilfen und Technologien bei anspruchsvollen Förderprojekten verzichten, etwa in der Arktis, bei Schieferölvorkommen oder in tiefen Gewässern.

Anders als die EU haben die Vereinigten Staaten auch bereits existierende Erdölprojekte aufs Korn genommen. Rosneft musste deshalb eine Reihe von Gemeinschaftsunternehmen mit dem US-Konzern ExxonMobil auflösen. Hinzu kommen seitens Brüssels und Washingtons Handelsverbote im Rüstungsbereich und bei Dual-Use-Gütern, die sich theoretisch in einem der sanktionierten Sektoren nutzen lassen.

Schwerer für die russische Wirtschaft wiegen die Finanzsanktionen: Die grössten fünf Staatsbanken, darunter Sberbank und VTB, dürfen sich seit Juli 2014 am amerikanischen und europäischen Kapitalmarkt nur noch kurzfristig refinanzieren. Im September wurden die Auflagen nochmals verschärft, nun sind alle Emissionen mit Laufzeiten über 30 Tagen untersagt. Da die EU bereits im Juni dieses Jahres ihre Strafen verlängerte, wird dieses Problem auf absehbare Zeit bestehen bleiben. Es verschärft den Kapitalmangel in dem Schwellenland, denn Kredite sind aufgrund des für eine Rezession immer noch aussergewöhnlich hohen Zinsniveaus kaum erschwinglich. Im Dezember 2014 hatte die Zentralbank den Leitzins aufgrund der Rubel-Krise drastisch anheben müssen. An diesem Freitag senkte sie ihn zwar erneut ab, nun um einen halben Prozentpunkt auf 11%, aber die anhaltend hohe Inflation verbietet eine schnellere Reduktion.

Auch Kreml-Politik schadet

Massgeblich beigetragen zu der Teuerung, die im Juli knapp 16% zum Vorjahresmonat erreichte, hat der Kreml selbst: Der von Putin Anfang August 2014 als Vergeltung erlassene Einfuhrstopp für viele Agrargüter und Lebensmittel aus der EU, den Vereinigten Staaten, Norwegen, Kanada und Australien hat für einen Preisschub gesorgt. Der Rubel-Zerfall befeuerte die Preise der übrigen Importe, die Reallöhne fielen, und heute müssen viele Russen genau aufs Geld achten. Der Privatkonsum und auch die Investitionen liegen darnieder. Die Wirtschaftsleistung dürfte im laufenden Jahr wohl zwischen 3% und 4% schrumpfen, woran jedoch auch der stark gefallene Erdölpreis erheblichen Anteil hat.